



Reaktion von Physikern der Akademie auf den Mauerbau

18. August 1961

Einzel-Information Nr. 441/61 über die Reaktion von Wissenschaftlern des Physikalischen Instituts der Akademie der Wissenschaften auf die Schutzmaßnahmen der DDR

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 526, Bl. 6–9 (5. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Honecker (beide über Mielke) – MfS: Walter, Sekretariat des Ministers (Mielke), Ablage.

Vermerk

Im Dokumentenkopf (maschinenschriftlich): Zwischen der Nummer des Exemplars und dem Verteiler »Franz« (inhaltlich nicht aufzulösende Angabe).

Ein Professor des Physikalischen Instituts der Akademie der Wissenschaften brachte Folgendes über die Stimmung unter den Wissenschaftlern an diesem Institut zum Ausdruck:

Zur Haltung der aus Westberlin stammenden Wissenschaftler könne festgestellt werden, dass diese sich im Allgemeinen loyal zu den Maßnahmen der Regierung der DDR verhalten. Das komme insbesondere darin zum Ausdruck, dass keiner der Westberliner Wissenschaftler daran denkt, ohne zwingenden Grund die Arbeit im demokratischen Berlin aufzugeben. Die provokatorischen Reden von Brandt seien bei diesen Wissenschaftlern im Wesentlichen auf Ablehnung gestoßen. Sorge bereite ihnen jedoch die Ankündigung, die im demokratischen Berlin tätigen Westberliner vom Geldumtausch auszuschließen. Aus diesem Grunde habe sich ein großer Teil der am Physikalischen Institut beschäftigten Wissenschaftler bereits am 14.8. Gehalt zahlen lassen, um noch den Umtausch ihres Geldes für den Monat August durchführen zu können.

Im Bereich der gesamten Akademie der Wissenschaften handelt es sich um etwa 60 Wissenschaftler aus Westberlin, die von einer Sperrung des Geldumtauschs betroffen sein würden. Die Umtauschquote für diese Wissenschaftler beträgt monatlich insgesamt etwa 50 000 DM (West). Obwohl durch den Wegfall des Geldumtauschs für die Westberliner Wissenschaftler ein Verlust eintreten würde, sollte unser Staat nach Auffassung des Professors diese 50 000 DM (West) nicht zahlen, sondern man solle diese Wissenschaftler dazu auffordern, sich in Westberlin durchzusetzen. Die Westberliner Wissenschaftler schätzen ihre Lage selbst so ein, dass sie in Westberlin keine entsprechenden Arbeitsplätze bekommen würden und im Falle des Wegfalls der Westgeldzahlungen gezwungen wären, sich in Westdeutschland Arbeit zu suchen.

Unter den aus der DDR stammenden Wissenschaftlern sei die Stimmung nach der Einführung der Schutzmaßnahmen der DDR nicht besonders günstig. Die zum großen Teil negative Reaktion ist darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Wissenschaftler Konten in Westberlin besitzen und mehr oder weniger regelmäßig nach Westberlin fahren, um Einkäufe zu tätigen. Es werde erst jetzt richtig klar, dass viele Wissenschaftler mit relativ hohen Gehältern einen großen Teil ihres Geldes in Westberlin ausgegeben haben.

In diesem Zusammenhang ist eine Äußerung von Prof. Hertz¹ von Interesse, der sagte, er sei durchaus mit den Maßnahmen einverstanden, obwohl er persönlich ebenfalls darunter leide, da er auch ein Westkonto besitze.

Eine negative Haltung zeigte Prof. Gustav Richter², Miersdorf. Er gehört zu den Wissenschaftlern, die regelmäßig in Westberlin eingekauft haben. Er stellte die Frage, wie man denn jetzt sein Geld loswerden solle.

Prof. Thilo³ reagierte ebenfalls sehr negativ auf die jüngsten Maßnahmen der Regierung der DDR. Er ist mit keiner dieser Maßnahmen einverstanden und übt einen entsprechenden Einfluss auf andere Wissenschaftler der Akademie aus. Er stellte besonders das Problem der Teilnahme an Tagungen in Westdeutschland und im westlichen Ausland in den Mittelpunkt. Es wird bereits unter den Wissenschaftlern die Frage diskutiert, ob unsere Physiker an der im Oktober stattfindenden Physikertagung in Österreich teilnehmen können.

Ferner machte der über die Lage an der Akademie informierende Professor auf folgende Frage aufmerksam:

Die Familie des Institutsdirektors des Heinrich-Hertz-Instituts, Prof. Hachenberg, der DDR-Bürger ist, wohnt in Westberlin.⁴ Prof. Hachenberg befindet sich seit Einführung der Schutzmaßnahmen in Westberlin. Er schickte seinen Sohn bereits zweimal in die Akademie mit der Bitte, einen Dauerpassierschein für Prof. Hachenberg zum Besuch Westberlins zu beschaffen. In der Befürchtung, seine Familie in Westberlin nicht mehr aufsuchen zu können, kommt er gegenwärtig nicht in das demokratische Berlin. Bei Prof. Hachenberg handelt es sich um einen außerordentlich wichtigen Wissenschaftler, der u. a. wissenschaftliche Aufträge durchführt, die auch für unsere Streitkräfte von großem Interesse sind.

Der Professor schlägt vor, in diesem Fall eine entsprechende Ausnahmeregelung zu treffen.

Die Wissenschaftler der Akademie befassen sich gegenwärtig mit dem Problem des Einkaufs von Chemikalien und elektrotechnischen Kleingeräten, die bisher von den einzelnen Instituten direkt in Westberlin beschafft wurden. Es handelt sich hierbei um Chemikalien und Geräte, die für die Tätigkeit der Institute notwendig sind und gegenwärtig in der DDR nicht vorhanden sind. Das Geld für diese Einkäufe in Höhe von etwa 10 000 DM (West) monatlich steht den Instituten zur Verfügung.

Zur Klärung der Situation an der Akademie der Wissenschaften schlägt der Professor folgende Maßnahmen vor:

Vonseiten der Partei solle eine bessere Anleitung der mit den Wissenschaftlern arbeitenden Genossen und Parteilosen erfolgen, um diese zu befähigen, eine erfolgreichere Aufklärungsarbeit unter der Intelligenz zu leisten. Um einen Ausgleich für das bisher in Westberlin verausgabte Geld zu schaffen solle man sogenannte Importwarengeschäfte eröffnen. Auf kulturellem Gebiet sollten der Theaterspielplan verbessert werden, die Filmprogramme interessanter und überhaupt das gesamte kulturelle Leben vielseitiger gestaltet werden.

Außerdem sollten häufiger namhafte Wissenschaftler wie die Professoren Thiessen⁵, Jancke⁶, Görlich⁷ usw. in Rundfunk und Fernsehen auftreten, um den Wissenschaftlern zu erläutern, welche Aufgaben von ihnen zu lösen sind.

Ferner wies der Professor darauf hin, dass der Parteisekretär der Akademie, Genosse Oelmann, zum Teil formal an die Durchführung der Beschlüsse der Partei herangeht. Nach Meinung des Professors legt der Genosse Oelmann die richtige Forderung, unsere Industrie störfrei zu machen, falsch aus, indem er von den Wissenschaftlern verlangt, den Einkauf der bisher in Westberlin beschafften Geräte einzustellen. So lange diese Geräte nicht anderweitig besorgt werden können, wäre es für die weitere Forschungsarbeit abträglich, darauf zu verzichten.

Über die Reaktion von Studenten der Universitäten Rostock, Greifswald und Berlin, die sich zzt. auf Hiddensee aufhalten, wurde bekannt, dass sie am 14. und 15.8. Protestversammlungen durchführten und eine Resolution ausarbeiten wollten, deren Inhalt etwa auf die Formel zu bringen sei: »Wir wollen unsere Freiheit haben, wir sind erwachsene Menschen und müssen selbst wissen, wohin wir zu gehen haben oder nicht.« (Diese Angelegenheit wurde bereits von den örtlichen Organen bearbeitet.)

Am 15.8.1961 fand eine Aussprache des Genossen Dr. Graus mit Professoren und Dozenten der Humboldt-Universität statt. In dieser Aussprache wurde u. a. die Frage behandelt, was mit den Studenten geschehen solle, die bisher in Westberlin studiert haben. Prof. Dr. Seidel (Sprachwissenschaftler) empfahl, diesen Studenten, eine Möglichkeit zur Fortsetzung des Studiums zu eröffnen. Dabei müsse man eine verstärkte ideologische Arbeit unter diesen Studenten leisten.

Eine Rolle spielte ferner die Beschaffung von Instrumenten und Geräten, die bisher in Westberlin gekauft wurden. Prof. Dr. Velhagen (Augenheilkunde) erklärte in diesem Zusammenhang, dass von den Handelsorganen der DDR noch nicht alle Möglichkeiten zur Beschaffung dieser Geräte aus sozialistischen Ländern genutzt werden. Es sei ihm bekannt, dass von der ČSSR und Ungarn bereits zahlreiche dieser Geräte angeboten wurden.

Insgesamt wird diese Aussprache als positiv eingeschätzt. Als Mängel traten in Erscheinung, dass nicht unmittelbar zu den Maßnahmen der Regierung Stellung genommen wurde und zu wenig darüber gesprochen wurde, wie die DDR gegenüber westlichen Störversuchen weiter geschützt werden kann.

1

Gustav Hertz, Jg. 1887, Atomphysiker und Nobelpreisträger, ab 1954 Direktor des physikalischen Instituts an der Karl-Marx-Universität in Leipzig, ab 1955 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim Ministerrat der DDR.

2

Gustav Richter, Jg. 1911, Atomphysiker, seit 1956 Direktor des Kernphysikalischen Instituts in Miersdorf bei Berlin.

3

Erich Thilo, Jg. 1898, ab 1946 Professor für anorganische Chemie an der Humboldt-Universität zu Berlin und ab 1951 zugleich Direktor des Instituts für anorganische Chemie der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DDR).

4

Prof. Otto Hachenberg, Jg. 1911, war von 1951 bis 1961 Leiter des Heinrich-Hertz-Instituts; ab 1962 Professor in Bonn und 1967–1978 Direktor des Max-Planck-Instituts für Radioastronomie.

5

Peter Adolf Thiessen, Jg. 1899, Tätigkeit im sowjetischen Atomprogramm, ab 1956 Direktor des Instituts für Physikalische Chemie der

Deutschen Akademie der Wissenschaften (DDR), zugleich ordentlicher Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin; ab 1957 Vorsitzender des Forschungsrats der DDR, ab 1960 auch Mitglied des DDR-Staatsrats.

6

Hans Jahnke, Jg. 1911, Physiker, 1946–1952 in der Sowjetunion an der Raketenforschung beteiligt, ab 1955 Direktor des neugegründeten Instituts für Gerätebau an der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DDR).

7

Paul Görlich, Jg. 1905, ab 1954 Wissenschaftlicher Hauptleiter des VEB Carl Zeiss Jena und zugleich Professor für Festkörperphysik an der Universität Jena.